



Schweizer wählen SVP

Die SVP hat ein Jahr vor den nationalen Wahlen 2011 ihren Slogan bekannt gegeben: „Schweizer wählen SVP“. Wer die SVP wählt, wählt die einzige Partei, die noch zur Schweiz und ihren Werten steht. Wir sind bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen und für eine sichere Zukunft in Freiheit zu kämpfen.

Die SVP ist für den Wahlkampf im kommenden Jahr gut gerüstet. Das Ziel heisst: das historische Ergebnis von 2007 egalisieren und wenn möglich, gar mehr als 30 Prozent Wähleranteil erreichen. Mit dem Slogan „Schweizer wählen SVP“ wollen wir an die Schweizerinnen und Schweizer appellieren: **Wählt die Partei, die sich als einzige für die Unabhängigkeit, die Neutralität und die Sicherung jener Werte einsetzt, die unser Land stark gemacht haben.** Wer die Schweizerische Volkspartei wählt, soll wissen, woran er ist. Die SVP spricht Klartext und steuert einen klaren, verlässlichen Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreter auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen konsequent umsetzten. Genauso werden sie es in Zukunft

halten und sich daran messen lassen. Der SVP liegt am Herzen, dass die Schweiz einer sicheren Zukunft in Freiheit und Wohlstand entgegen blickt. Unser schönes Land soll ein lebenswertes Zuhause sein und nicht ein

der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen. Auch hier ist die SVP die einzige Partei, die dem konsequent einen Riegel schieben will. Mit der Ausschaffungsiniziative, über welche die Schweizerinnen und Schweizer am 28. November 2010 abstimmen werden, wird hier endlich Abhilfe geschaffen. **Kriminelle Ausländer, welche unsere Gesetze und Regeln nicht achten, haben unser Land zu verlassen.** Sie haben mit ihrer kriminellen Handlung ihr Gastrecht verwirkt. Der Gegenentwurf ist lediglich eine Scheinlösung, denn dieser sieht sogar einen Integrationsartikel vor, indem verlangt wird, dass die Kantone und Gemeinden für die Integration der Ausländer aufkommen sollen. Wer ebenfalls Sorge tragen will zu unserem Land, stimmt am 28. November 2010 JA zur Ausschaffungsiniziative.



Ort, der von Gewalt und Verbrechen geprägt ist. Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich nicht mehr sicher. Die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird durch Ausländer verübt. Diese Situation ist mitunter eine Folge

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Die Ausschaffungsinitiative schafft Klarheit

Die Chancen, dass die Ausschaffungsinitiative der SVP am 28. November 2010 angenommen wird, sind intakt. Aber wollen wir das Ziel, das enorm wichtige JA zur Ausschaffungsinitiative und das NEIN zum untauglichen Gegenentwurf erreichen, erfordert das bis zum Abstimmungssonntag den vollen Einsatz mit Flyer verteilen oder verschicken, Plakatieren etc. jedes Einzelnen von uns. Es liegt ein wichtiger, von viel Einsatz und Ausdauer geprägter Weg vor uns. Packen wir es gemeinsam an!



von Nationalrat Adrian Amstutz, Vizepräsident SVP Schweiz, Sigriswil (BE)

Die Ausschaffungsinitiative der SVP will folgendes: Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, die kriminell werden oder missbräuchlich Sozialleistungen beziehen, werden konsequent ausgeschafft und mit einer Einrei-



sesperre von mindestens fünf Jahren belegt. Der Grundsatz, dass kriminelle Ausländer aus der Schweiz auszuschaffen sind, wird neu auf Verfassungsstufe festgehalten. Damit bekommt der Ausweisungsgrundsatz eine stärkere Legitimation und ist für alle Kantone verbindlich. Die bisherige „Kann“-Regelung (Art. 62, 63, 68 AuG) für Ausschaffungen wird neu zu zwingendem Recht: Unter Vorbehalt des zwingenden Völkerrechtes werden schwerkriminelle Ausländer mit ihrer Verurteilung und nach Strafverbüßung automatisch aus unserem Land ausgewiesen.

Der Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative zementiert die heutige Praxis der sehr unterschiedlichen Beurteilung der kantonalen Migrationsbehörden, ob sie jemanden ausweisen wollen oder nicht. Zusätzlich will der Gegenentwurf gar die staatliche Integrationsförderung in der Bundesverfassung festschreiben. Die Kosten dieser neuen Integrationspflicht werden für Bund, Kantone und Gemeinden schmerzlich hoch sein. Dabei ist Integration primär die Hauptaufgabe der Ausländer, die in unser Land einwandern. Denn ohne den Integrationswillen der Ausländer kann es auch zu keiner Integration kommen. Die Gegner der Ausschaffungsinitiative behaupten vieles, was nicht wahr ist. Sie sagen, das Personenfreizügigkeitsabkommen lasse Ausschaffungen von

EU-Bürgern aus der Schweiz nicht zu. Das ist falsch. Alle europäischen Staaten vollziehen Ausweisungen und haben ihre Regelungen in den vergangenen Jahren sogar noch verschärft. Weiter behaupten die Gegner, dass bei der Ausschaffungsinitiative nicht alle Straftatbestände aufgeführt sind. Jeder kann im Initiativtext nachlesen (Bundesverfassung Art. 121 Abs. 4 neu), dass der Gesetzgeber die beispielhaft aufgeführten Tatbestände ergänzen soll bzw. näher umschreiben muss. Klar ist, dass Mörder, Vergewaltiger,

Kindesmissbraucher und Raser, die wegen vorsätzlicher Tötung verurteilt werden, ausgeschafft werden müssen. Ebenfalls behaupten die Gegner, dass die Ausschaffungsinitiative der Bundesverfassung widerspreche. Selbstverständlich: Es ist Sinn und Zweck einer Volksinitiative, die Verfassung in bestimmten Bereichen zu ändern. Mit einem JA der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird die Schweizerische Verfassung mit Art. 121 dahingehend ergänzt, dass Ausländer ihr Aufenthaltsrecht verlieren, wenn sie schwer kriminell werden.

Damit wir den Gegnern der Initiative den Wind aus den Segeln nehmen können, brauchen wir Ihre Hilfe. Setzen Sie sich für die Ausschaffungsinitiative ein: Verteilen Sie Flyer in der Fussgängerzone, an Bahnhöfen, in Briefkästen oder hängen Sie Plakate auf. Erklären Sie Ihrer Familie und Bekannten den Sachverhalt der Initiative und motivieren Sie sie für ein JA am 28. November. Denn nur die Ausschaffungsinitiative ist konsequent. Kriminelle Ausländer und Sozialhilfebetrüger haben unser Land zu verlassen. Dies hat zusätzlich eine abschreckende, präventive Wirkung.



4 Ausschaffungsinitiative

Ausschaffungsinitiative mit Völkerrecht vereinbar

Es gehört bereits zum Standardverhalten der Gegner der Schweizerischen Volkspartei, dass sie deren Volksinitiativen als gegen das Völkerrecht verstossend oder als „nicht umsetzbar“ bezeichnen. Auch bei der Ausschaffungsinitiative ist dies der Fall. Immer wieder werden unterschiedlichste Behauptungen aufgestellt. Stimmen diese Vorwürfe eigentlich, oder handelt es sich dabei um eine politische Vereinnahmung des Völkerrechts, um ein unliebsames politisches Begehren zu bekämpfen?



von Dr. iur. Manuel Brandenberg,
Executive M.B.L. HSG, Rechtsanwalt,
Zug (ZG)

Der Begriff „Völkerrecht“ wird in der politischen Diskussion oft verwendet, ohne dass man sich bewusst ist, was er eigentlich bedeutet. Durch diese ungenaue Verwendung des Begriffs besteht die Gefahr, das Völkerrecht zu überhöhen, es mit einer Legitimation zu versehen, die ihm nicht zukommt. Völkerrecht ist weitgehend Staatsvertragsrecht. Ausgehandelt wird es von Diplomaten, also Angestellten der Regierungen und Verwaltungen. Der demokratisch gewählte Gesetzgeber kann meistens wenig bis gar nichts zum Inhalt der Staatsverträge beitragen. In der Schweiz kann das Parlament nur ja oder nein dazu sagen, den Inhalt des Vertrages kann es nicht bestimmen. So verlagert sich die Gesetzgebung vom demokratisch gewählten Parlament zu Regierung und Verwaltung. Die Gewaltenteilung wird verletzt, weil die Regie-

rung faktisch zum Gesetzgeber wird.

Zwingendes Völkerrecht

Gemäss unserer Bundesverfassung darf eine Volksinitiative zwingendes Völkerrecht nicht verletzen. Zwingendes Völkerrecht sind die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens.

Dazu gehören das Verbot des Angriffskrieges, das Folterverbot, die Verbote der Sklaverei und des Völkermordes

sowie das **Non-Refoulement-Prinzip**. Letzteres Prinzip, welches in Art. 25 Abs. 2 BV niedergeschrieben ist, verbietet die Abschiebung von Asylsuchenden in einen Staat, in dem ihnen aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität oder wegen ihrer politischen Anschauung die Verfolgung droht. Dieses Prinzip wird von der Ausschaffungsinitiative eingehalten. Die Initiative erlaubt es den Behörden, das Prinzip als vorübergehendes Vollstreckungsverbot für eine bestimmte Person in einen bestimmten Staat zu beachten. **Damit ist die Initiative mit den zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts vereinbar.**

Die Gegner der Ausschaffungsinitiative kritisieren weiter, die Initiative sei mit diversen Verpflichtungen des nicht zwingenden Völkerrechts unvereinbar. Nicht zwingendes Völkerrecht ist praktisch das ganze Staatsvertragsrecht, welches von den Regierungen

und Diplomaten ausgehandelt und abgeschlossen wird, etwa auch die EMRK

“ Die Initiative ist mit den zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts vereinbar. ”

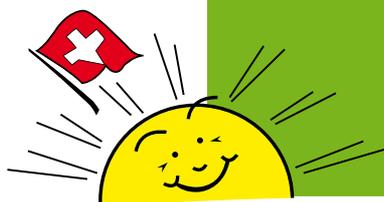
(Die Europäische Menschenrechtskonvention). Sie wurde am 3. Oktober 1974 vom Parlament genehmigt. Dabei wurde der Beschluss nicht einmal dem Referendum unterstellt, das Volk konnte somit nicht über den Beitritt zur EMRK abstimmen. Und was geschieht heute? Jeder Volksinitiative der SVP wird die EMRK entgegengehalten, zurzeit Art. 8 EMRK. Nach Art. 8 Abs. 2 EMRK ist ein gerechtfertigter Eingriff in das geschützte Familienleben möglich. Die von der Ausschaffungsinitiative verfolgten Ziele entsprechen dieser Bestimmung der EMRK. Somit ist sie mit der EMRK verträglich.

Als Fazit ist folgendes festzuhalten: Die Initiative der SVP verstösst weder gegen zwingendes noch gegen anderes Völkerrecht, obwohl sie letzteres sogar dürfte.

Abstimmung vom 28. November 2010:

JA zur Ausschaffungsinitiative

Mehr Infos: www.ausschaffungsinitiative.ch



EJPD: Vom Regen in die Traufe

Mit dem Sesselrücken im Bundesrat hat auch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eine neue Vorsteherin erhalten. Doch was heisst dies für das Asyl- und Ausländerdossier? Was hinterlässt die neue BDP-Finanzministerin und was können wir von der SP-Justizministerin erwarten? Fest steht aber: Eine offizielle internationale Studie zeigt auf, dass die von der SVP seit längerem geäusserte Kritik an der Asylpolitik von Eveline Widmer-Schlumpf absolut gerechtfertigt ist.



von Nationalrätin Sylvia Flückiger,
Schöftland (AG)

Die Bilanz der dreijährigen EJPD-Ära von Eveline Widmer-Schlumpf ist katastrophal: Die Zahl der jährlichen Asylgesuche hat im Vergleich zur Ära Blocher wieder um 50% zugenommen, das Problem mit den Massen-Asylgesuchen aus Eritrea wurde auf die lange Bank geschoben, Gesuche aus Nigeria verfünffachten sich seit 2007. Dennoch kann man der BDP-Justizministerin keine Untätigkeit vorwerfen. Sie hat vom ersten Tag an Köpfe rollen und andere für sie die Verantwortung übernehmen lassen. Das Bundesamt für Migration wurde permanent reorganisiert, altgediente Chefs wurden durch Widmer-Genehme ersetzt. Kein Wunder also, dass **die seit längerem von der SVP geäusserte Kritik an der Asylpolitik von Widmer-Schlumpf nun auch von einer offiziellen internationalen Studie bestätigt wird.** Das Internationale Center for Migration Policy Development (ICMPD) schreibt in seiner Studie wörtlich: „Die Schweiz verzeichnete in den vergangenen drei Jahren einen starken Anstieg an Asylsuchenden aus Eritrea, Irak und Somalia [diese Herkunftsländer wurden in der Studie untersucht]. Diese Entwicklung

war vor allem von 2007 auf 2008 sehr augenfällig. Anders als in Dänemark oder dem Vereinigten Königreich gab es in der Schweiz keine einschneidenden Änderungen bei der Asylpraxis.“ Konkret heisst das, dass seit Anfang 2008, also seit der Departementsübernahme von Eveline Widmer-Schlumpf, keine Gesetzesverschärfungen mehr vorgenommen

wurden, welche einen Anstieg der Asylzahlen hätten verhindern können. Diese internationalen Erkenntnisse kann man auch als interne Beobachterin bestätigen. **Die von a. Bundesrat Blocher geplante Einschränkung der Asylgewährung für Dienstverweigerer aus Eritrea, welche er im Dringlichkeitsverfahren möglichst unverzüglich angehen wollte, wurde von der BDP-Justizministerin über Jahre verschleppt.** Die heute vorliegende Asylgesetzrevision, welche diese Problematik endlich angehen will, erweist sich auf den zweiten Blick als wenig effizient. Doch statt wenigstens diese Vorlage speditiv ins Parlament zu bringen, wird deren Behandlung in der Staatspolitischen Kommission des Ständerates seit Monaten verschoben, letztmals aufgrund der Departementsübergabe zwischen Widmer-Schlumpf und Sommaruga. Einmal mehr wollte die BDP-Bun-

desrätin damit die Verantwortung abgeben und lässt so ihre Nachfolgerin die schlechte und viel zu spät gebrachte Vorlage im Parlament vertreten. **Fazit der dreijährigen Widmer-Schlumpf-Asyl- und Ausländerpolitik:** Ein Chaos in der Verwaltung und eine Flut neuer Asylgesuche. Doch was können wir von der neuen sozialdemokratischen Justizministerin erwarten? Man kann davon ausgehen, dass auch sie keine mar-

kanten Verschärfungen im Asylrecht vornehmen wird. Schliesslich hat sie ja 2006 die Verschärfung des Asyl- und Ausländergesetzes mit aller Kraft bekämpft. Und die SP hat an ihrem Parteitag ihre Ausländerpolitik noch einmal klar bestätigt: Stimm- und Wahlrecht für alle niedergelassenen Ausländer und Einbürgerungen für alle in der Schweiz Geborenen. Dies tönt kaum nach weiteren Verschärfungen im Asyl- und Ausländerdossier.

Wir können wohl froh sein, wenn in den nächsten Jahren die Errungenschaften von a. Bundesrat Blocher nicht gänzlich zerstört werden und die Schweiz unter SP-Fahne endgültig zum Eldorado für kriminelle Ausländer und Asylschmarotzer wird. Dafür müssen wir von der SVP auch in Zukunft noch stärker für Verbesserungen einstehen und aktiv für Verschärfungen im Asyl- und Ausländerbereich kämpfen.

“ Die Zahl der jährlichen Asylgesuche haben im Vergleich zur Ära Blocher um 50% zugenommen. ”

6 Inserate

GOAL GLOSSAR

Kontinuität

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Kontinuität
<lat.> continuitas –
«ununterbrochene Fortdauer»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:

ESR-Formulare

Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

artmar
Archiv-Kompetenz AG

Die Spezialisten für
Gemeinderarchive
Postfach 272
8630 Rüti ZH
Tel 055 260 32 50

Impressum

Auflage:	60 000 Exemplare
Herausgeberin:	Stiftung SVP-Patezeitung
Erscheinungsweise:	12x/Jahr
Mitarbeiter:	Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse:	SVP-Klartext, Postfach 8252 3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck:	Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement:	Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate:	Michèle Berger - klartext@svp.ch

Mehr Steuern zahlen?



Die SP-Steuerinitiative führt direkt zu Steuererhöhungen in 16 Kantonen. Danach müssen in allen anderen Kantonen die Steuern nach oben angepasst werden. Die Folge:

- **Wir alle müssen mehr Steuern zahlen!**
- **Die Kantone können nicht mehr selber über ihre Steuern bestimmen!**
- **Die Schweiz verliert an internationaler Konkurrenzfähigkeit!**
- **Arbeitsplätze gehen verloren!**
- **Wohlstand und Wachstum werden zerstört!**

Deshalb:
SP-Steuerinitiative
NEIN

Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie dieses Inserat.
Herzlichen Dank.



NEIN zum Integrationsartikel im Gegenentwurf

Bei einer Annahme des Gegenentwurfs zur Ausschaffungsinitiative würde ein „Integrationsartikel“ in die Bundesverfassung aufgenommen, der festlegt, dass Bund, Kantone und Gemeinden „bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Anliegen der Integration“ zu berücksichtigen hätten. Integration soll zur bundesstaatlichen Aufgabe auf Verfassungsstufe werden. Die Kosten und der Aufbau einer Integrationsbürokratie wurden nie berechnet. Die SVP-Regierungsräte sagen klar NEIN zum Gegenentwurf.

Nebst dem, dass der Gegenentwurf mit diesem Integrationsartikel – durch die Vermischung der Ausschaffung krimineller Ausländer mit der Integration – gegen die Einheit der Materie verstösst, verletzt er den schweizerischen Föderalismus. Die Autonomie der Kantone und insbesondere der Gemeinden und Städte soll einmal mehr ausgehebelt werden. Die Kostenfolgen und die Einschränkung der Autonomie werden für die Gemeinden und Kantone enorm sein. **Bereits heute kosten Begehrlichkeiten wie die Schaffung von Ausländertreffs oder die Subventionierung staatlicher Integrationsprogramme die Kantone, Gemeinden und Städte grosse Summen.** Es gilt im Auge zu behalten, dass Integration primär die Aufgabe derjenigen Personen ist, die in unser Land einwandern. In Gemeinden und Städten können gezielte, auf die konkrete Situation und auf eine gewisse Zeit beschränkte Einzelmassnahmen Sinn machen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es ohne den Integrationswillen der Ausländer zu keiner Integration kommen kann. Die Verankerung der Integration in der Bundesverfassung ist gar kontraproduktiv, da zusätzliche Begehrlichkeiten geweckt werden.

Mit der Verankerung des Integrationsartikels, wie dies der Gegenentwurf verlangt, kann zudem praktisch jede Ausweisung gerichtlich angefochten werden mit dem Argument, die Wohngemeinde und der Kanton hätten nicht genügend für eine angemessene Integration getan. Statt konsequente Ausweisungen von schwer kriminellen Ausländern werden wir eine Flut mit Beschwerden und Rekursen erleben, die Ausweisungen über Jahre verzögern, wenn nicht gänzlich verhindern. **Die Rechnung zahlen wiederum die Kantone und Gemeinden und schlussendlich die Steuerzahler.**

Da der Gegenentwurf als überstürzte Reaktion auf das JA zur Minarettinitiative ins Spiel gebracht wurde, unterliess man es in der zuständigen parlamentarischen Kommission, bei Kantonen und Gemeinden bezüglich der Pflichten zur kostspieligen Förderung der Integration eine ordentliche Vernehmlassung durchzuführen. Die Kantone wurden unberechtigtweise ausgehebelt.

Die unterzeichnenden Regierungsräte sagen klar NEIN zu dieser Vorgehensweise und auch klar NEIN zum Gegenentwurf.

- Regierungsrat Ueli Amstad, NW
- Regierungsrat Beat Arnold, UR
- Regierungsrat Andreas Barraud, SZ
- a. Regierungsrätin Rita Fuhrer, ZH
- Regierungsrat Alex Hürzeler, AG
- Regierungsrat Markus Kägi, ZH
- Regierungsrätin Monika Knill, TG
- des. Regierungsrat Ernst Landolt, SH
- Regierungsrat Erhard Meister, SH
- Regierungsrat Jean-Claude Mermod, VD
- Regierungsrat Christoph Neuhaus, BE
- Regierungsrat Res Schmid, NW
- des. Regierungsrat Stefan Schleiss, ZG
- Regierungsrat Walter Stählin, SZ
- Regierungsrat Dr. Jakob Stark, TG
- Regierungsrat Ernst Stocker, ZH
- Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, SH



Auch Regierungsrat und Justizdirektor des Kantons Bern Christoph Neuhaus empfiehlt den Gegenentwurf zur Ablehnung.

Abstimmung vom 28. November:

NEIN zum Gegenentwurf

www.kriminelle-nein.ch



Neu: Outlander Navigator. Reisen erster Klasse.

Outlander Navigator

Gratis: Navi/Rückfahrkamera 3'000.-
Diamond Bonus* 2'000.-

Ihr Vorteil* 5'000.-



Outlander ab
29'990.-

Das Erfolgsmodell Outlander mit genialem Raumkonzept präsentiert sich vielseitiger und wertvoller denn je. Jetzt neu als Top-Sondermodell **Navigator 4WD** mit Navigationssystem, Rückfahrkamera und einem Kundenvorteil von **CHF 5'000.-**. Passt perfekt für die Schweiz.

Genial: innovative Spitzentechnologie

Laufruhiger 2.4 MIVEC-Benzinmotor (170 PS) mit CVT-Automat oder durchzugstarker 2.2 DID Diesel (156 PS) mit innovativem SST-Doppelkupplungs-Automat. «All Wheel Control» 4WD-Antrieb.

Genial: traumhafte Top-Ausstattung

Neben dem serienmässigen MMCS Navigationssystem und der Rückfahrkamera brilliert das Sondermodell Navigator mit feinem Lederinterieur, Glas-Schiebedach, Premium Audio System mit 710 Watt, Bi-Xenon mit Kurvenlicht, Smart-Key, Klimaautomatik, Berganfahrhilfe etc. Alles am Outlander Navigator strahlt Qualität und Style aus.

Genial: Raumvariabilität

Serienmässig mit 7 Sitzen, variablem Laderaum bis 1'691 Liter, zweigeteilter Heckklappe, tiefer Ladekante.

Genial: Automat serienmässig

2.4 MIVEC Navigator CHF 52'990.-, Vorteil 5'000.-, netto **CHF 47'990.-**

2.2 DID Navigator CHF 56'490.-, Vorteil 5'000.-, netto **CHF 51'490.-**

Den Outlander gibt es als 2WD Inform bereits für

CHF 29'990.-



www.mitsubishi-motors.ch

Genial bis ins Detail.



*Diamond Aktionen gültig bis 31.12.2010 bei Kauf/Leasing und Immatrikulation bei einem offiziellen Mitsubishi Partner. 3.33% Leasing: Laufzeit 48 Mt., 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung 15%, eff. Jahreszins 3.38%, Kautions mind. CHF 1'000.-, Vollkasko oblig., MultiLease gewährt keine Finanzierung, falls diese zu einer Überschuldung führen kann. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 7.6% MwSt. **Normverbrauch:** 2.4 Benzin Automat, 8.4 L/100 km, CO₂ 195 g/km, Kategorie E. 2.2 DID Automat, 7.2 L/100 km, CO₂ 189 g/km, Kategorie D. CO₂-Durchschnitt aller angebotenen Neuwagen in der Schweiz: 188 g/km.

NEIN zur Steuerhölle der Linken!

Die Steuerinitiative der SP, über welche das Volk am 28. November 2010 abstimmen wird, bedroht den Wirtschaftsstandort Schweiz in unmittelbarer Weise. Durch die Aufhebung des interkantonalen Steuerwettbewerbs soll nach Vorstellung der Linken mehr „steuerliche Gerechtigkeit“ geschaffen werden. Tatsache ist aber: Die SP-Initiative führt zu einer allgemeinen Steuererhöhung und zu einer Schwächung der Kantone, denn durch sie wird die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden zerstört.



von Nationalrat Jean-François Rime, Bulle (FR)

Bei näherer Betrachtung der SP-Initiative stellt man fest, dass es sich um ein reines, flächendeckendes Steuererhöhungsprogramm für praktisch alle Steuerzahler handelt. **Die Steuererhöhungen treffen bei Weitem nicht nur hohe Einkommen und hohe Vermögen, wie die Linken behaupten, sondern auch mittlere und tiefe Einkommen.** Damit verletzen sie sogar die Interessen jener, die sie angeblich vertreten und verteidigen.

Zudem schädigt die Initiative die gesamte Gemeinschaft der Kantone und auch hier nicht nur jene, die vorteilhafte Steuersysteme haben. Sie schreibt für alle Kantone einen Minimalsteuersatz für höhere Einkommen und Vermögen vor. Damit wird **die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden zerstört.**

Das Resultat der Initiative wäre desaströs. Das auf dem schweizerischen Föderalis-

mus basierende Gleichgewicht würde zusammenbrechen. Dabei unterlassen es die Initianten bewusst zu erwähnen, dass der Steuerwettbewerb in der Schweiz bereits durch die Steuerharmonisierung, durch die Erhebung der direkten Bundessteuer sowie durch den Finanzausgleich (NFA) eingeschränkt und kontrolliert wird.

Wachstum und Wohlstand sind gefährdet

Die Kantone, welche heute ein konkurrenzfähiges Steuerwesen pflegen, tragen dazu bei, Steuerzahler anzuziehen und zu halten, die mit ihren Steuerzahlungen zum Wohlstand aller in unserem Land beitragen. **Die Initiative würde manchen guten Steuerzahler verjagen und andere davon abhalten, sich in unserem Land niederzulassen.** Dies wiederum würde dazu führen, dass das Steueraufkommen bei der direkten Bundesteuer zurückgehen würde und die vormals finanzstarken Kantone weniger an den Finanzausgleich beizutragen hätten. Die Initiative würde die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes massiv mindern und damit zu einem Wohlstandsverlust führen. Der Mittelstand wäre gezwungen, diese Schäden aus-

zugleichen.

Verhinderung von Steuerzentrismus

Der Steuerwettbewerb muss auch in Zukunft die Konkurrenzfähigkeit und den Wohlstand der Schweiz stützen und sichern. Deshalb müssen wir für den Erhalt der steuerlichen Souveränität der Kantone kämpfen, damit diese auch weiterhin frei ihre (Steuer-)Einnahmen sowie Ausgaben nach den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger gestalten können. Für mich ist die Steuersouveränität der Kantone nicht verhandelbar.

Die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP muss als erster Schritt auf dem Weg zu einer weitergehenden Steuerharmonisierung betrachtet werden. Sie führt zu einer **steuerlichen Zentralisierung auf eidgenössischer Ebene auf Kosten der Freiheit und Unabhängigkeit der Kantone.** Es handelt sich um den Versuch, die Schweiz auch im Bereich der Steuern EU-kompatibel zu machen. Der Verlust steuerlicher und finanzieller Autonomie bedeutet auch die Aufgabe eines jener Grundsätze, welche den Erfolg der Schweiz

massgeblich ausmachen.

Mehr Staat, mehr Steuern, weniger Wachstum und weniger Arbeitsplätze: **Dies ist die Steuerhölle der Linken!**

Abstimmung vom 28. November 2010:

NEIN zur SP-Steuergerechtigkeitsinitiative

Mehr Infos: www.svp.ch



10 Parteiprogramm

Neues Parteiprogramm der über die Positionen der Par

Das neue Parteiprogramm gibt einen breiten Überblick über die Positionen der Partei zu verschiedenen politischen Themen. Die SVP steht noch als einzige Partei ohne Wenn und Aber für die Schweiz und ihre Werte ein. Deshalb ist das Programm geprägt vom Einsatz unserer Partei für eine sichere Zukunft in Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand. Das Parteiprogramm wird anlässlich eines Programmparteitages am 4. Dezember 2010 diskutiert und anschliessend definitiv verabschiedet.



von Nationalrat Toni Brunner, Parteipräsident, Ebnet-Kappel (SG)

Wer die Schweizerische Volkspartei wählt, soll wissen, woran er ist. Die SVP spricht Klartext und steuert einen geraden, verlässlichen Kurs. **Die von Ihnen gewählten Vertreter auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen konsequent umsetzten.** Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.

Das Programm befasst sich mit den Positionen der SVP zu den wichtigsten politischen Themen. Der Programmentwurf unter dem Titel „SVP – die Partei für die Schweiz“ wurde nun bei den Kantonalparteien in die Vernehmlassung gegeben.

Die Sorge um Familie, Hab und Gut, der Wille zur Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung haben unser Land stark gemacht und während Jahrhunderten geprägt. Sie garantieren uns Wohlstand und Sicherheit. Die Schweiz hat es als einstmaliges armes Land an die weltweite Spitze geschafft. Gerade auch angesichts von Wirtschafts-, Finanz- und Staatshaushaltskrisen unserer Zeit hat sich

die Überlegenheit des Erfolgsmodells Schweiz gezeigt. Diese Errungenschaften sind aber in Gefahr: Bundesrat, Parlament und Verwaltung stellen durch ihr Handeln die Grundwerte und Stärken unseres Landes immer mehr in Frage.

EU-Beitritt

Führende Personen und Parteien sprechen sich für einen EU-Beitritt aus. Doch unsere Kinder und Enkel müssten einmal die unermesslichen Schulden Europas tragen. Die Schweiz würde bei einem EU-Beitritt doppelt und dreifach bezahlen. Dennoch wollen uns die Classe politique und die „Eliten“ durch Hintertüren in die EU drängen. Nach wie vor liegt das EU-Beitritts-gesuch der Schweiz in Brüssel. Ein Beitritt zur EU würde die Abschaffung der direkten Demokratie, der Unabhängigkeit, der Neutralität und des Schweizer Fränkens bedeuten. Auch tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, höhere Mieten, noch mehr Abgaben und Steuern sowie Milliardenzahlungen an Brüssel wären die Folge.

Freiheit und Unabhängigkeit

Freiheit und Unabhängigkeit gilt es zu verteidigen. Ein Instrument der Landesverteidigung ist die Milizarmee, die im Volk verankert ist und somit auch nicht zum Spielball der Politiker werden darf. Verzichten wir auf das Milizsystem, geben wir entweder die Landesverteidigung auf oder wir setzen auf eine teure Berufsarmee. Diese würde dann vor allem im Ausland Aufträge suchen und Konflikte und

Krieg ins eigene Land holen.

Überfremdung der Schweiz

Seit jeher haben Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz eine neue Heimat gesucht, in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Ohne ihre Arbeit wäre manche Unternehmung heute nicht dort, wo sie steht. Die Schweiz hat aber mittlerweile ernsthafte Probleme mit der Zuwanderung. Die Politik von Bundesrat und Mitte-Links-Parteien führte zu einem unkontrollierten Bevölkerungswachstum mit schwerwiegenden Konsequenzen. Zudem fühlen sich viele Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr sicher im eigenen Land. Die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird durch Ausländer verübt. Diese Situation ist eine Konsequenz der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen. Darum hat die SVP ihre Ausschaffungsinitiative lanciert: Wer als Ausländer mordet, vergewaltigt, raubt oder Sozialwerke missbraucht, muss unser Land verlassen.

Sicherung der Sozialwerke

Die Politiker und Gewerkschafter überladen die Sozialwerke; die Zeche jedoch haben wir alle zu bezahlen. Weder die AHV noch die Arbeitslosenversicherung, weder die Invaliden- noch die Krankenversicherung, weder die Unfallversicherung noch die Sozialhilfe sind längerfristig solide finanziert. Immer mehr Ausländer wandern nicht in unseren Arbeitsmarkt ein, sondern in unsere Sozialwerke. Jeder Missbrauch ist konsequent zu unter-

SVP 2011-2015 - Überblick tei zu diversen Themen

binden. Die SVP will die bestehenden Sozialwerke sichern, statt sie bis zum Zusammenbruch weiter auszubauen. So sorgen wir für den sozialen Zusammenhalt und die finanzielle Sicherheit unserer Vorsorgeeinrichtungen.

Zusammenfassend setzt sich die SVP insbesondere ein:

- für eine sichere Zukunft in Freiheit und Wohlstand, für ein lebenswertes Zuhause in unserer schönen Schweiz;
- für den schweizerischen Sonderfall mit den Säulen Souveränität, direkte Demokratie, immerwährende Neutralität und Föderalismus;
- für eigenverantwortlich handelnde Bürger mit grossen Mitbestimmungsrechten statt zentralistischer Staatsallmacht;
- für den Schutz des Privateigentums bei Vermögen, Grund und Boden, Wohnen sowie des geistigen Eigentums;
- für einen sparsameren Staatshaushalt durch Senkung von Steuern, Gebühren und Abgaben für alle;
- für mehr Markt und weniger Bürokratie, für sichere Arbeitsplätze in unseren Unternehmen und Gewerbebetrieben;
- für eine weltoffene und selbstbewusste Aussenpolitik ohne Beitritt zu EU, EWR oder NATO;
- für die härtere Bestrafung statt Verhätschelung der Kriminellen und für die Ausschaffung krimi-

neller Ausländer;

- für eine konsequente Asylpolitik, die den Missbrauch verhindert und nur den echten Flüchtlingen Schutz gewährt;
- für eine effiziente Ausländerpolitik, welche die Qualität der Zuwanderung sicherstellt aber eine

“ Wer die Schweizer Volkspartei wählt, soll wissen, woran er ist. ”

Massenzuwanderung verhindert;

- für eine einsatzbereite Armee mit dem Kernauftrag der Landesverteidigung und des Schutzes der eigenen Bevölkerung;
- für eine produzierende Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben, deren Freiheit nicht durch eine Flut von Auflagen erstickt wird;
- für ein Bildungssystem, in dem Leistung gefordert und gefördert wird;
- für sichere Sozialwerke durch Bekämpfung des Missbrauchs durch Scheininvaliden und Arbeitsscheue;
- für die Gesundung des Gesundheitswesens durch Förderung der Selbstverantwortung, Prämienenkungen und Entschlackung des Leistungskatalogs;
- für die Verflüssigung statt Blockie-

rung des Verkehrs und gegen das Ausspielen des privaten gegen den öffentlichen Verkehr;

- für die sichere, günstige und möglichst unabhängige Energieversorgung von Haushaltungen und Betrieben;
- für einen gelebten Schutz der Umwelt mit konkreten Taten statt dem Katastrophengeschwätz von Linken und Grünen;
- für eine Medienpolitik, die auf Wettbewerb unter Privaten setzt statt auf das SRG-Monopol von Radio und Fernsehen;

- für eine lebendige Kultur, die vom Staat weder verordnet noch in verfilzten Strukturen gefördert wird;
- für die körperliche Betätigung im Rahmen von Spitzen- und Breitensport;
- für ein Miteinander von Jung und Alt, Frau und Mann, Familien und Alleinstehenden;
- für die Grundwerte unserer christlich-abendländischen Kultur ohne Gewalt, Fanatismus und Verachtung unseres freiheitlichen Rechtsstaates.

Der Programmentwurf bildet die Basis für die Diskussion anlässlich des Programmparteitages vom 4. Dezember 2010. Die Kantonalparteien und die Delegierten haben an diesem Programmparteitag die Möglichkeit, Anträge und allfällige Ideen für Anpassungen einzubringen.

12 Sonderparteitag Bildung

Eckpfeiler der Schul- und Bildungspolitik der SVP

Als Ergebnis von drei Jahren intensiver Arbeit in Arbeitsgruppen, in Diskussionsteams und in Fachgruppen legte die SVP nun an einem Sonderparteitag am 23. Oktober in Liestal (BL) ein Papier zur Volksschule vor. Es herrscht Handlungsbedarf: Die Probleme der durch Reformitis geplagten Schule sind gross und müssen endlich angepackt werden. Das Grundlagenpapier der SVP weist den Weg für eine Schule, die sich an Qualität und Leistung statt an Gleichmacherei und Zentralisierung orientiert.



von Nationalrat Ulrich Schläpfer,
Flaach (ZH)

Die SVP hat einen Forderungskatalog für eine von Qualität geprägte Schule erarbeitet. Ich möchte Ihnen die wichtigsten Punkte aufzeigen.

Volksschule dem Souverän unterstellen

Aus Sicht der SVP soll die Schweizer Volksschule dem Souverän unterstellt bleiben. Bildungspolitische Prozesse müssen demokratisch kontrolliert werden, so dass die Schweizer Schulpolitik vom Volk und nicht von Bildungsbürokraten bestimmt wird. Die SVP lehnt die Europäisierung des Schweizer Bildungswesens ab. Weiter ist die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) der demokratischen Kontrolle zu unterstellen. Die EDK ist keine Verfassungsinstitution und hat keinen demokratisch gerechtfertigten Auftrag.

Lehrplan 21

Als weitere wichtige Forderung der SVP stellt sich die Ablehnung der Grundlagen und Entwürfe für den „Lehrplan 21“ dar. **Der „Lehrplan 21“ hat keinen Auftrag durch das Schweizer Volk erhalten** und kann von ihm auch nicht per Referendum abgelehnt werden. Ein verbindli-

cher Volksschullehrplan ist nur dann von Nutzen, wenn messbare Leistungsziele festgelegt werden - nicht aber die Gleichschaltung der Unterrichtsgestaltung und der damit verbundene Ausbau der Bürokratie.

Erziehung der Kinder

Die SVP sieht die Verantwortung für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen klar bei den Eltern. Die Volksschule übernimmt die Verantwortung für die Ausbildung, sie ist jedoch kein Ort der Nacherziehung. Ebenfalls muss die Verwischung der Verantwortlichkeiten zwischen Lehrkräften, Sozialarbeitern, Psychologen und Behörden gestoppt werden. **Die Arbeit der Lehrer muss dringend vom erdrückenden Bürokratismus entschlackt und befreit werden, damit wieder Zeit für das Unterrichten bleibt.** Leistungsbereitschaft, Disziplin und Ordnung als Voraussetzungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens müssen in der Schule gestärkt werden.

Mundart

Ein weiteres wichtiges Anliegen der SVP ist das Mundart-Sprechen im Kindergarten. Die Volksschule hat allen Schülern die Mundart und später den korrekten Gebrauch der Schriftsprache in Wort und Schrift zu vermitteln. Schüler, die mangels Sprachkenntnissen dem Unterricht nicht zu

folgen vermögen, sind ausserhalb der Klasse gesondert zu unterrichten. Weiter sind jegliche Schulleistungen zu benoten, denn jede Leistungsbeurteilung muss für Aussenstehende (besonders für die Eltern) verständlich sein.

Integrativer Unterricht

Der «integrative Unterricht» ist ein falsches Konzept. Für schwächer begabte, auch für behinderte Kinder, bleiben Sonderklassen und Sonderschulen jene Institutionen, wo ihnen bestmögliche Förderung garantiert werden kann. Schüler, die Regelklassen zugeteilt werden, müssen dem Unterricht ohne Einzelbetreuung folgen können. **Für verhaltensgestörte Jugendliche insbesondere der Oberstufe sind Sonderklassen zu führen.**

Wenn Erziehung (die schulische wie auch die der Eltern) gelingen soll, müssen sich Schülerinnen und Schüler an Persönlichkeiten orientieren können. **Junge Menschen verlangen nach Orientierung, welche ihnen nur Persönlichkeiten vermitteln können.** Persönlichkeiten, die für sie Verantwortung übernehmen, deren Engagement die jungen Menschen spüren. Ziel der Erziehung ist es, dass Kinder zu verantwortungsbewusstem Leben in einem demokratisch aufgebauten, freiheitlichen Staat befähigt werden.

“ Die Verantwortung der Kindererziehung liegt klar bei den Eltern. ”

Sonderparteitag Bildung 13



Caspar Baader und Nadja Pieren auf der Bühne.



Der Sonderparteitag war öffentlich und wurde gut besucht.



Papiersäcke auf den Tischen mit kleinen Souvenirs.



Toni Brunner mit einem Mitarbeiter.



Gastreferent Lehrer Willi Villiger.

Matratzen nach Ihren eigenen Wünschen

(Bicoflex, Happy, Lattoflex, Roviva etc.)
Betten und Lättli jeder Art und Grösse,
sowie Luftbetten, Vorhänge und Möbel,
div. Marken-Bettwäsche.
Grösste Ausstellung der Region – ein Besuch
lohnt sich immer – auch für Sie!

BETTWARENFABRIK

Rafzerfeld

Bettfedernreinigung Potema®
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren
Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr

www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com



SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr.60.-

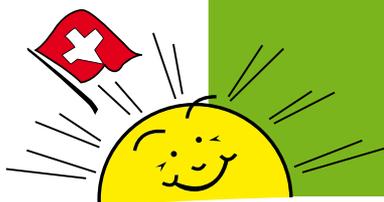
pro Person pro Nacht

Fr.50.-

(Nebensaison)

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel. 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Laden Sie das Bildungspapier und den SVP Lehrplan unter www.svp.ch herunter oder bestellen Sie beides unter gs@svp.ch



14 SP-Steuerinitiative

Schweizer Erfolgsmodell nicht zerstören

Der Aufstieg der Schweiz vom Armenhaus Europas zu einem der wohlhabendsten Staaten der Welt ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Denn die Voraussetzungen waren höchst ungünstig – es gab keinen Meeranschluss, keine Bodenschätze, und obendrein war ein grosser Teil des Landes gebirgig und unbewohnbar. Doch mit harter Arbeit, Zuverlässigkeit und Innovationsfreude haben unsere Vorfahren das Erfolgsmodell Schweiz geschaffen. Lassen wir es nicht durch die SP-Initiative zerstören!



von Thomas Matter, IG Schweizer Unternehmer gegen wirtschaftsfeindliche Initiativen, Meilen (ZH)

Wir alle kennen die wirtschaftlichen, aber auch die politischen Ursachen dieses Erfolgs: Qualitätsbewusstsein und Konkurrenz in der freien Marktwirtschaft sowie globale Weltoffenheit seit Jahrhunderten. Dazu weit reichende Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger dank direkter Demokratie, Föderalismus mit bemerkenswerter Autonomie der Kantone und Gemeinden und vor allem: massvolle Besteuerung dank Steuerwettbewerb.

Ende des Steuerwettbewerbs

Einzig die Konkurrenz der Steuersätze schuf den ständigen Druck, dass der Staat den Bürgern nicht beliebig viel Geld aus dem Portemonnaie nehmen konnte. Der Steuerwettbewerb ist das wirksamste Instrument, um attraktive Rahmenbedingungen für die Bevölkerung und für die Unternehmen zu schaffen. Auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden ist der Wunsch der Politiker allgegenwärtig, den Staat mit immer neuen Aufgaben zu betrauen und mit immer mehr Mitteln auszustatten.

Die SP-Steuerinitiative ist ein fundamentaler Angriff auf die Steuer-

autonomie der Kantone und der Gemeinden – und bringt damit eine der wichtigsten Säulen unseres erfolgreichen Staatswesens zum Einsturz.

Nach dem Willen der SP muss der Bund künftig allen Kantonen und Gemeinden eine Mindeststeuer vorschreiben. Das heisst: Keiner darf es künftig besser machen, überall sollen die gleich schlechten Verhältnisse herrschen. Die Geschichte hat gezeigt, dass diese Politik nichts Gutes bringt, sondern für alle schlechtere Bedingungen schafft.

Steuererhöhungen für alle

Bei Annahme der SP-Steuerinitiative müssten nicht weniger als 16 Kantone ihre Steuern unverzüglich erhöhen. Dies würde zur Abwanderung guter Steuerzahler führen, die schon heute Erhebliches für die Gemeinschaft beitragen: 3 Prozent der Steuerzahler bezahlen gleichviel wie die übrigen 97 Prozent. Ein einziges Prozent der Steuerzahler trägt über 35 Prozent der direkten Bundessteuern bei. Da ist es ganz einfach nicht in Ordnung, wenn die SP von einem „Abzockerprozent“ spricht. Das Gegenteil ist der Fall, diese Mitbürger und Mitbürgerinnen bezahlen solidarisch ihre Steuern und leisten damit einen erheblichen Mehrwert in unserer Gesellschaft.

Das Paradoxe an der SP-Steuerinitiative ist, dass sie gar nicht in erster Linie die so genannten „Abzocker“ trifft. Denn diese haben die Möglichkeit, unser Land zu verlassen und ihren offiziellen Wohnsitz an irgendeinen andern Ort auf der Welt

zu verlegen – und einige dürften davon auch Gebrauch machen, falls die Initiative angenommen wird.

Auch Unternehmer, die in unserem Land investieren, zum Wohlstand beitragen und Arbeitsplätze sowie Lehrstellen für unsere Jungen anbieten, könnten versucht sein, wegen untragbarer steuerlicher Belastung abzuwandern. Die Zeche bezahlen werden jene Unternehmer, die im Lande bleiben, ja es wird unweigerlich der ganze Mittelstand zur Kasse gebeten – denn die Steuerausfälle müssen ja irgendwie gedeckt werden. Wenn nicht, wird ein Leistungsabbau stattfinden, der ebenfalls uns alle trifft. Sowieso zielen die von der SP-Initiative erzwungenen Steuererhöhungen nicht nur auf die höheren Einkommen. Denn sie führen auch zu Tarifsprüngen in der Grenzsteuerbelastung. Damit diese Sprünge vermieden werden können, müssen auch die Steuersätze für mittlere und tiefere Einkommen erhöht werden.

Falls die Steuerinitiative der SP am 28. November 2010 angenommen wird, ist dies der Anfang vom Ende des starken Wirtschafts- und Unternehmensstandortes Schweiz. Verlierer sind letztlich alle, die besser wie die schlechter Verdienenden. **Wir verlieren an Wirtschaftsleistung, an Wohlstand, an Arbeitsplätzen. Und wir geben mutwillig preis, was uns unsere Vorfahren durch harte Arbeit an schweizerischen Wettbewerbsvorteilen hinterlassen haben.**

NEIN zum neuen Urner Bürgerrechtsgesetz

Die SVP Uri setzt sich gegen ein neues Bürgerrechtsgesetz ein, das auf kantonaler und kommunaler Ebene zu erleichterten Einbürgerungen Hand bietet. Die Einbürgerung soll der letzte Schritt einer erfolgreichen Integration sein! Zudem soll der Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat verhindert werden. Mit dem Ziel der Bildungsfunktionäre „Integration um jeden Preis“ wird das Wohl der behinderten Kinder mit Füßen getreten und es macht sie zu Aussenseitern in den normalen Schulklassen.



von Gusti Planzer, Landrat, Kantonalpräsident, Bürglen (UR)

Die SVP Uri politisiert klar, ehrlich und konsequent. Einstimmig hat sie die Ausschaffungsinitiative angenommen und den wirkungslosen Gegenentwurf abgelehnt. Zudem lehnt sie ein neues kantonales Bürgerrechtsgesetz deutlich ab, da dieses die Einbürgerungshürde massiv senken würde, griffige Einbürgerungskriterien vermissen lässt und somit die Einbürgerung von Ungeeigneten zuliesse. Dies stünde auch im Widerspruch zur SVP-Ausschaffungsinitiative, da ja bekanntlich auch ungeeignete „Papierschweizer“ fast nicht mehr ausgeschafft werden können.

Wie in der übrigen Schweiz hat Uri seit 1992 eine markante Zunahme von Eingebürgerten aus kulturfremden Ländern zu verzeichnen. Seit 1992 hat sich die Zahl der Eingebürgerten verneunfacht (!). Die Einbürgerungshürde darf nicht noch mehr sinken. Nirgends sonst auf der ganzen Welt sind mit dem Bürgerrecht derart einzigartige Volks- und Freiheitsrechte verbunden. Diese Einmaligkeit setzt von den Einbürgerungswilligen ein hohes Mass an Integration voraus. Das Urner Bürgerrechtsgesetz sieht nun neben einer Halbierung der

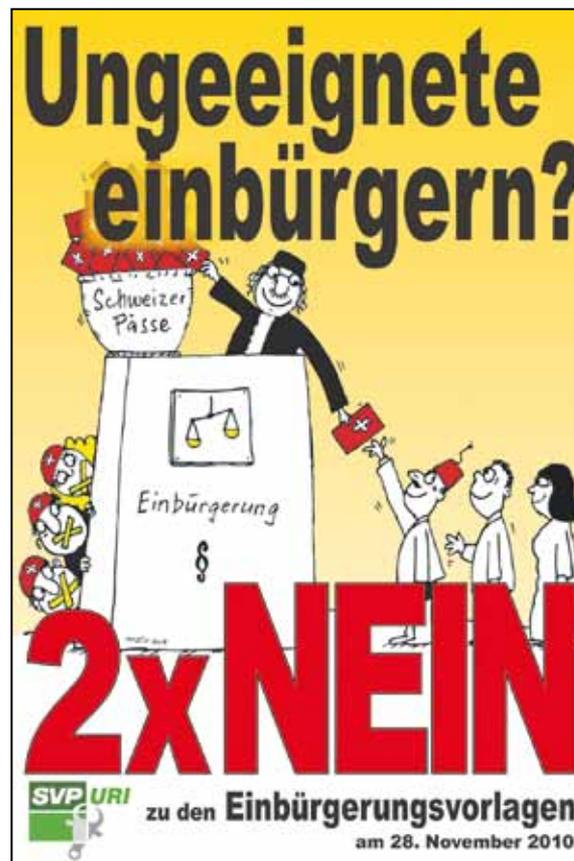
Wohnsitzfrist auf fünf Jahre auch keine Niederlassungsbewilligung C als Kriterium vor. Es fehlt ebenfalls das Erfordernis einer schriftlichen Erklärung zur Beachtung der Rechtsordnung sowie eine Loyalitätserklärung zur Verfassung. Das Fass zum Überlaufen brachte aber die Ablehnung eines Tests als Nachweis für gute Deutschkenntnisse. Gerade die

der wenigen SVP-Kantonalparteien das Referendum gegen das verfehlt Sonderpädagogik-Konkordat. Obwohl namentlich im Kanton Zürich das Projekt „integrative Sonderschulung“ bereits abgebrochen wird, soll es jetzt im Kanton Uri eingeführt werden. Die SVP Uri ist klar dagegen, weil für uns das Wohl des Kindes im Mittelpunkt steht. Integration um jeden

Preis ist kategorisch abzulehnen. Behinderte Kinder erhalten automatisch einen Exotenstatus und würden so zu Aussenseitern. Zudem bedeutet dies mehr Unruhe in den Klassenzimmern und insgesamt sinkt das Bildungsniveau. Ein weiterer wichtiger Punkt ist folgender: Die erforderlichen Raumangebote und behindertengerechte Schulzimmer und Schulhäuser sind schlicht nicht vorhanden. Ein ebenfalls zentrales Element ist die Verantwortung, welche die Lehrpersonen für diese Kinder auch noch übernehmen müssten. Eine Überlastung und ein Burnout wären die Folge.

Die SVP Uri engagiert sich an vorderster Front gegen das kantonale Bürgerrechtsgesetz und die damit verbundene Verfassungsänderung.

In Zukunft sollen keine Ungeeigneten eingebürgert werden. Zudem sind wir in Uri gegen den Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat, da durch die Integration um jeden Preis behinderte Kinder zu Aussenseitern werden.



Deutschkenntnisse, die als integrative Schlüsselkompetenz gelten, erfordern zwingend eine objektive, einheitliche und faire Feststellung; dies ist nur mit einem Test möglich.

Weiter ergriff die SVP Uri als eine



25
25 Jahre LSE-System AG

MIT 20 IST IHRE BODENHEIZUNG NICHT MEHR DIE JÜNGSTE.

Etwa mit 20 Jahren kommen Bodenheizungen in eine kritische Phase: Es kann zu Störungen, Lecks und Wasseraustritten kommen. Wenn Sie nicht rechtzeitig etwas tun, riskieren Sie eine monatelange Baustelle im Haus und verlieren viel Geld. Nicht mit uns: Wir analysieren die Situation mit wissenschaftlichen Methoden. Und wenn nötig, sanieren wir. Von innen. Ohne bauliche Massnahmen. Leise, staubfrei, schnell, günstig. Mit unserem einzigartigen, erfolgreichen und weltweit patentierten System. Damit Sie daheim niemals frieren.



SANIEREN STATT ERSETZEN.

GRATIS-INFOLINE: 0800 48 00 48
WWW.HAT-SYSTEM.CH